

Antrag der Firma Knauf auf Probebohrungen nach Gips in den Naturschutzgebieten zwischen Uftrungen, Questenberg und Hainrode

Positionen der Bürgerinitiative „Pro Südharz-Gegen Gipsabbau-Für Naturschutz“

Vorerst haben sich **ca. 1 000 Bürger** mit ihrer **Unterschrift gegen die Bohrungen** der Firma Knauf nach dem Weißen Gold ausgesprochen. Diese Anzahl ist bedeutend für die Region. Weitere werden folgen.

Wir Bürger wissen, dass **wir aus sehr guten Gründen gegen die Probebohrungen nach dem Weißen Gold** in unserem naturrechtlich geschützten, fragilen Gebiet, einem weltweit bedeutenden Naturreservoir sind. Dreimal sprachen wir ausführlich mit dem Landrat darüber.

Wir wissen, kein Gutachten kann uns versichern, dass die **Bohrungen** in über 80 Meter Tiefe, nicht zu **Erdfällen** führen, die schon ganze Häuser verschlungen haben.

Wir wissen, kein Gutachten kann uns versichern, dass die **Bohrungen** in über 80 Meter Tiefe nicht **unterirdische Wasserläufe**, die bisher die Ortschaften versorgten, verändern, dass das Wasser einfach versiegt.

Wir wissen, wenn die **schwere Technik** zu den Bohrpunkten fährt, wird das geltende Naturschutzgesetz gebrochen.

Wir wissen, dass es die Firma Knauf eilig mit den Probebohrungen hat. Der Anspruch der Firma Knauf, das Weiße Gold tagebaulich in sensiblen Gebieten abzubauen zu dürfen, soll in den **neuen Landesentwicklungsplan** von Sachsen-Anhalt aufgenommen werden.

Wir wissen vom Landrat, dass die Firma Knauf, um Flächen für Gipsabbau im jetzigen Naturschutzgebiet zu bekommen, abbaubare Gipsvorkommen nachweisen muss.

Wir wissen, dass das Argument der Entscheider, die Firma Knauf würde **Arbeitsplätze** schaffen, sehr zu hinterfragen ist. Ganze 300 Mitarbeiter beschäftigt die Firma Knauf hier vor Ort, eingeschlossen die Mitarbeiter in ihrem Thüringer Werk. Abbau und Verarbeitung sind hochtechnisiert. Da ist auch zukünftig wenig Bedarf an Mitarbeitern.

Wir wissen, dass das Argument der Entscheider, die Firma Knauf **zahle viele Steuern** viel zu kurz gegriffen ist. Die Firma Knauf nutzt öffentliche, steuerfinanzierte Infrastruktur. Sie vernutzt unser Gemeineigentum an Grund und Boden, will das Weiße Gold mit wenig Aufwand aus unserem Boden zu eigenen Gewinnzwecken schürfen.

Wir wissen, dass das Argument, der durch den Kohleausstieg **fehlende Rea-Gips** müsse **durch Naturgips** ersetzt werden, um die Bauwirtschaft abzusichern, falsch ist. Viel mehr Gips kann recycelt und wiederverwendet werden. Andere gleichwertige Baumaterialien sind einsetzbar. Diese zu erschließen, ist Aufgabe der von uns gewählten Politiker.

Wir wissen, es gibt bessere Möglichkeiten, die **Wirtschaftsstruktur** der Gemeinde Südharz zu entwickeln. Z. B. ist der Kohleausstiegssfonds nutzbar, um nachhaltige Industrie und Dienstleistung z. B. auf dem Gebiet der Baustoffe, des Tourismus und der ländlichen Infrastruktur (Dorfläden und Gastronomie besonders am Karstwanderweg) zu fördern. Diese zu erschließen, ist Aufgabe der von uns gewählten Politiker.

Wir wissen immer noch nicht, warum wir **Bürger** der betroffenen Ortschaften erst **Anfang Oktober durch die Zeitung** erfuhren, dass die Firma Knauf am 30. August Probebohrungen nach Gips in den Naturschutzgebieten zwischen Uftrungen, Questenberg und Hainrode beantragte.

Wir wissen noch immer nicht, wie es dazu kam, dass **Anfang August** die Firma Knauf einfach **durch die Bürgermeisterei Südharz die Zusage** bekam, auf den Gemeindewegen, die unser aller Eigentum sind, nach Gips bohren zu können. Das Bohren in über 80 Meter Tiefe nach Gips betrifft das Gemeinwohl.

Wir fordern, dass die **Entscheidungen der Ortschaftsräte der Gemeinde Südharz**, die sich **gegen die Durchführung von Probebohrungen** nach Gips zur Kenntnis genommen und berücksichtigt werden.

Wir fordern, dass für den Fall, dass die Firma Knauf ihre Probebohrungen durchführt, den **Bürgern der betroffenen Ortschaften schriftlich vertraglich zugesichert** wird, dass die **Firma Knauf für sämtliche Schäden aufkommt**, die durch die Bohrungen verursacht werden und mit ihnen, auch zukünftig, zusammenhängen können. Die **Schadensfeststellung obliegt dem Geschädigten**. Den **Gegenbeweis muss die Firma Knauf erbringen**.

Wir fordern, dass die **Firma Knauf, bevor sie mit den jetzt beantragten Probebohrungen beginnen kann**, den **Nachweis erbringen** muss, dass das **ungewöhnlich häufige Auftreten von Erdfällen um Großleinungen** herum, nicht auf die dort **vor drei Jahren erfolgten Probebohrungen** zurückzuführen ist.

Wir fordern, dass die **von uns gewählten Entscheider aktiv und nachweislich die Entwicklung einer nachhaltigen Wirtschaftsstruktur** im Landkreis Mansfeld Südharz, insbesondere der Gemeinde Südharz befördern, dafür u. a. Mittel aus dem Kohleausstiegssfonds einsetzen. Besonders gilt es Unternehmen zu fördern, die **Alternativen zum Naturgips** herstellen und entwickeln.

Wir fordern, dass **alle Naturschutzgebiete** der unterschiedlichen Kategorien im Südharz in den heutigen Grenzen **unangetastet bleiben**.

Mitglieder der Bürgerinitiative „Pro Südharz-Gegen Gipsabbau-Für Naturschutz“

www.Pro-Südharz.de

prosuedharz@web.de